

Studie über die Abstimmung vom 5. Juni 2005 (VGP II)

Referat von Regierungspräsident Roland Eberle

«Die Politik ist keine exakte Wissenschaft» hat Bismarck bereits im Jahr 1863 erkannt. Dieses Erkenntnis von Bismarck lässt sich in zweifacher Weise auf die Abstimmung über den Neubau des Verwaltungsgebäudes Promenade II (VGP II) übertragen. Wenn Politik eine exakte Wissenschaft wäre, wäre erstens der Kredit für den Neubau vom Volk nicht abgelehnt worden, weil der Grosse Rat mit 91 zu 2 Stimmen dafür war, weil alle Regierungsparteien, die die grosse Mehrheit im Grossen Rat bilden, dafür waren und weil last but not least selbstverständlich auch der Regierungsrat für die Vorlage eingetreten ist. Wenn Politik eine exakte Wissenschaft wäre, dann würden wir zweitens wissen, warum das Thurgauer Stimmvolk Nein gesagt hat.

Nun, weil also die Politik keine exakte Wissenschaft ist, die beliebig steuer- und berechenbar ist, ist es zur Ablehnung gekommen und zwar aus Gründen, die nicht unmittelbar ersichtlich waren, beziehungsweise auf der Hand lagen. Das hat den Regierungsrat veranlasst, einen wenig gängigen und für den Thurgau erstmaligen Weg zu beschreiten, indem er das renommierte Forschungsinstitut gfs.bern damit beauftragte, eine vertiefte Abstimmungsanalyse durchzuführen. Obwohl die Kritiker zu dieser Entscheidung schnell auf dem Platz waren, ist der Regierungsrat nach wie vor überzeugt, dass es richtig war, diesen Auftrag zu erteilen.

Der Regierungsrat erachtet die Ergebnisse der Studie als sehr wertvoll, und zwar aus mehreren Gründen. Sie gibt vertiefte und mit den 1'000 Telefoninterviews gut abgestützte Informationen über die Beweggründe der Stimmberechtigten, Informationen mit einer Tiefe, über die der Kanton bisher noch nie verfügt hat. Diese Informationen gehen weit über das Spekulieren und das Fischen im Trüben hinaus.

Beruhigend ist, das werden Sie von den Herren Longchamp und Bieri noch hören, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gut informiert waren, das ist für uns eine wichtige Erkenntnis, wäre es anders gewesen, müssten wir für kommende Abstimmungen in diesem Bereich über die Bücher. Der Entscheidung erfolgte also in Kenntnis der Vorlage, sie war auch nicht so kompliziert, dass sie das Stimmvolk überfordert hätte.

Weniger beruhigend ist, dass die Gegner mit dem Kostenargument ein hochwirksames Argument hatten, welchem die Befürworter kein ebenbürtiges entgegensetzen konnten. Das muss zu denken geben, dass es den Befürwortern nicht gelungen ist aufzuzeigen, dass diese vorgeschlagene Lösung längerfristig gesehen die günstigere und bessere gewesen wäre und dass sie zu einer Effizienzsteigerung der Verwaltung hätte beitragen können.

Hier hat die Analyse klar aufgezeigt, dass es wichtig und notwendig ist, die Gedanken, die auf Ebene Regierungs- und Grosser Rat zu einer Entscheidung führen, noch transparenter zu machen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen noch klarer nachvollziehen können, weshalb eine Vorlage so und nicht anders daherkommt. Es muss auf der Sachebene noch mehr Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Die Studie gibt im Weiteren klare Hinweise, wie eine Neuauflage eines Kreditbegehrens für einen Verwaltungsneubau aussehen könnte. Klar ist, dass das ohne Hast erfolgen muss, dass aber eine abgespeckte Variante zwar nicht unumstritten wäre, aber dennoch durchaus Chancen hätte.

Und schliesslich hat die Studie klar dargelegt, dass auch die Parteien als Entscheidungsträger und Meinungsmacher eine Vorlage mit mehr Nachdruck vertreten müssen, um ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist keine Schelte an die unterlegenen Parteien, sondern eine

nüchterne Feststellung, wie sie in der Studie nachzulesen ist. Es gilt einfach daraus die Lehren zu ziehen, wie ich sie bereits beschrieben habe.

Kurz zusammengefasst lässt sich aus Sicht des Regierungsrates das Fazit ziehen: Es ist einerseits unabdingbar, dass die politischen Behörden den Puls des Volkes spüren, dass sie nahe beim Volk argumentieren und politisieren, dass sie aber ebenso klar aufzeigen, dass der Souverän als oberster Entscheidträger einer Demokratie Verantwortung für das Gemeinwohl zu tragen hat und dabei seine eigenen Interessen und seine eigene Betroffenheit nicht in den Vordergrund stellen sollte.

Wir alle sind nicht nur dafür verantwortlich was wir tun, sondern in gleichem Mass dafür, was wir nicht tun.

Vauvenargues (Marquis de Vauvenargues, franz. Moralist, 1715-1747) hat in seinen Reflexionen und Maximen einmal geschrieben, dass die wahren Politiker die Menschen besser kennen als die Berufsphilosophen. Nun, soweit sind wir im Thurgau offenbar noch nicht, sonst hätten wir uns diese Studie sparen können, aber immerhin sind wir bestrebt, wahre Politiker zu werden, eben weil wir diese Studie dem Forschungsinstitut «gfs.bern» in Auftrag gegeben haben. Die Herren Claude Longchamp und Urs Bieri werden Ihnen nun die Ergebnisse im Detail erläutern.

23. August 2005